



RUSSLAND UND BELARUS DER STAATSAPPARAT IN ZAHLEN

■ ANALYSE

Integration als Weg zur Selbstbehauptung. Die Beziehungen von Belarus und Russland im internationalen Kontext. Astrid Sahn, Minsk 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Belarus und seine Nachbarn: Wirtschaftsdaten 4

■ DOKUMENTATION

Offizielles Endergebnis der Präsidentenwahlen in Belarus 7

Die Präsidentenwahlen in Belarus – Bewertungen von GUS und OSZE 7

■ UMFRAGE

Russen über die Beziehungen zu Belarus 9

Russen über die Ergebnisse der Präsidentenwahlen in Belarus 11

Ein russisch-belarussischer Gaststreit? 12

■ STATISTIK

Angaben der russischen Statistikbehörde über den russischen Staatsapparat 2005 13

■ CHRONIK

Vom 7. bis zum 20. April 2006 18

■ LESEHINWEIS

Osteuropa 3/2006 19

Osteuropa 4/2006 20

Analyse

Integration als Weg zur Selbstbehauptung Die Beziehungen von Belarus und Russland im internationalen Kontext

Astrid Sahn, Minsk

Zusammenfassung

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Belarus haben gezeigt, dass die Moskauer Führung Alexander Lukaschenka weiterhin politische Unterstützung gewährt. Angesichts der Stagnation des belarussisch-russländischen Integrationsprozesses und zahlreicher Konflikte in den bilateralen Beziehungen ist die Position des Kreml nur vor dem Hintergrund der immer offener zu Tage tretenden Integrationskonkurrenz und Wertedifferenz zwischen Russland und dem Westen nachvollziehbar.

Die Geschichte einer virtuellen Integration

Vor zehn Jahren, am 2. April 1996, leiteten Belarus und Russland mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Gründung einer Gemeinschaft beider Staaten einen Integrationsprozess ein, der neben der wirtschaftlichen und militärischen Kooperation auch eine politische Annäherung vorsah. In den folgenden Jahren setzten Alexander Lukaschenka und Boris Jelzin diesen Kurs fort – durch den Abschluss von Abkommen über die Bildung einer Union beider Staaten 1997 sowie eines gemeinsamen Unionsstaates im Jahre 1999. In der Praxis handelte es sich vor allem um eine virtuelle Integration, die auf die Befriedigung sowjetnostalgischer Stimmungen in weiten Kreisen der Wählerschaft beider Länder zielte. Zudem diente sich Belarus unter Alexander Lukaschenka der russländischen Führung als antiwestlicher Vorposten in den internationalen Beziehungen an, wie sich insbesondere im Vorfeld des Kosovo-Kriegs in 1999 zeigte. Im Gegenzug erwartete der belarussische Präsident wirtschaftliche Subventionen durch niedrige Gaspreise und Unterstützung bei dem Ringen um internationale Anerkennung für das 1996 eingeführte neue belarussische Verfassungssystem. Außerdem hoffte er, über den Integrationsprozess Einfluss auf der innenpolitischen Bühne Russlands zu gewinnen.

Mit dem Wechsel von Jelzin und Putin änderten sich allerdings die Grundlagen der belarussisch-russischen Beziehungen. Anstelle der virtuellen Integration trat auf russischer Seite eine pragmatischere Politik, die eine Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses von Russland in Belarus anstrebte und keine Belastung der verbesserten Beziehungen mit dem Westen wünschte.

Ökonomische und politische Dauerkonflikte

Infolgedessen konnte sich Alexander Lukaschenka der fortdauernden Loyalität des Moskauer Kreml

in den letzten Jahren nicht durchgängig sicher sein. Ein zentrales Konfliktthema in den bilateralen Beziehungen bildete die anhaltende Weigerung des belarussischen Präsidenten, die bereits Mitte der 1990er Jahre erstmals zugesagte Privatisierung des belarussischen Gaskonzerns „Beltransgas“ zu vollziehen und eine Mehrheitsbeteiligung des russländischen Konzerns „Gasprom“ zuzulassen. Im April 2002 hatte Lukaschenka erneut einer Aktionierung von „Beltransgas“ zugestimmt als Voraussetzung dafür, dass Belarus Gaslieferungen zu innerrussischen Preisen erhielt. In 2002 hatte Belarus daher für die Lieferungen von „Gasprom“, die etwa 80% des belarussischen Gasbedarfes abdeckten, lediglich 22,6 US-Dollar pro 1.000m³ zu bezahlen. In der Folgezeit vermied die belarussische Führung jedoch weiterhin eine Privatisierung von „Beltransgas“, indem sie eine viel zu hohe Verkaufssumme in Höhe von 5 Mrd. US\$ – bei einem Schätzwert von 600.000 US\$ aus russischer Sicht – für die Auktionierung ansetzte. „Gasprom“ reagierte hierauf im Herbst 2003 mit der Forderung nach einer Erhöhung des Gaspreises auf 50 US\$ pro 1.000 m³ – und damit einer Gleichstellung von Belarus mit der Ukraine. Bei dem Versuch, diesen Forderungen im Februar 2004 durch eine kurzfristige vollständige Einstellung der Gaslieferungen nach Belarus Nachdruck zu verleihen, musste der russische Konzern jedoch die Grenzen seiner Druckmittel erfahren. Denn diese Maßnahme, die von Lukaschenka als „Terrorakt höchster Ordnung“ bezeichnet wurde, trug zwar dazu bei, dass die belarussische Seite der Preiserhöhung zustimmte, doch fügte die negative Reaktion auf mögliche Lieferengpässe durch die belarussisch-russischen Konflikte bei den westlichen Abnehmern von „Gasprom“ dem Ansehen des Konzerns großen Schaden zu. Im Ergebnis musste Belarus ab 2004 einen Preis von 46,7 US\$ pro 1000m³ zahlen, was immer noch deutlich unter dem damaligen Weltmarktpreis von etwa 120 US\$ lag. Gleichzeitig nahm „Gasprom“

vom weiteren Ausbau seines Transitvolumens durch Belarus Abstand und kündigte den Bau einer neuen alternativen Pipeline durch die Ostsee an.

Auch hinsichtlich der politischen Großprojekte des belarussisch-russischen Integrationsprozesses konnten beide Seite bisher keine Einigkeit erzielen. Haupthindernis für das bisherige Scheitern der vereinbarten Währungsunion stellte die Weigerung Lukaschenkas dar, der Umwandlung der russländischen Zentralbank in ein gemeinsames Emissionszentrum zuzustimmen und damit wesentliche Teile der belarussischen Souveränität abzutreten. Dementsprechend wurde auch die Verabschiedung der Verfassungsakte des Unionsstaats seit 2002 immer wieder verschoben. Dabei führte Putin den verbalen Schlagabtausch zwischen beiden Staatschefs anders als in den 1990er Jahren so geschickt, dass diesmal Lukaschenka als der Bremsen des Integrationsprozesses erschien. Seines zentralen Images als „Integrator“ beraubt, setzte Lukaschenka daher zunehmend auf einen innenpolitischen Autarkiekurs, indem er das belarussische Modell sowohl vom Westen als auch von Russland abgrenzte. Dies zeigte sich u.a. in der Begrenzung der Ausstrahlung russischer Fernsehkanäle, in denen immer häufiger eine kritische Berichterstattung zur offiziellen belarussischen Politik zu sehen war. Zudem fand die belarussische Opposition in der „Union der rechten Kräfte“ erstmals einen politischen Ansprechpartner in Russland. Gemeinsam mit drei weiteren Dumafraktionen sprach sich die Union 2002 für eine Dumaanhörung zum Schicksal der verschwundenen Oppositionspolitiker in Belarus ein. Ihr Spitzenpolitiker Boris Nemzow wurde darauf hin aus Belarus ausgewiesen und mit einem Einreiseverbot von drei Jahren belegt.

Gegenmodell zu den „farbigen Revolutionen“

Die Spannungen in den belarussisch-russischen Beziehungen stärkten im Westen die Hoffnung auf eine gemeinsame Belarus-Politik im Interesse einer Demokratisierung des Landes. Diese Erwartungen stützten sich vor allem auf die zurückhaltende Haltung Putins gegenüber dem belarussischen Verfassungsreferendum vom Oktober 2004, durch das sich Präsident Lukaschenka die Möglichkeit verschaffte, unbegrenzte Male bei belarussischen Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Im Endergebnis erkannte Russland jedoch im Unterschied zum Westen die Referendumsergebnisse uneingeschränkt an. Nachdem es der russländischen Führung nicht gelang, bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen den Machtransfer von Kutschma zu Janukowitsch zu steu-

ern und damit eine stärkere Einbindung der Ukraine in die von Russland gesteuerten postsowjetischen Integrationsprozesse zu sichern, erschien ihr Alexander Lukaschenka wieder als der Partner, der einen Verbleib von Belarus im russländischen Einflussbereich garantierte und für den es keine Alternative gab. Im Vorfeld der belarussischen Präsidentschaftswahlen im März 2006 konnte daher kaum Zweifel an der russländischen Unterstützung für Lukaschenka bestehen. Dies zeigte sich insbesondere daran, dass Belarus Ende 2005 problemlos einen Liefervertrag mit „Gasprom“ zu einem Preis von 46,9 US-Dollar pro 1.000 m³ bei einem Weltmarktpreis von 235 US-Dollar unterzeichnete, während die Ukraine nach einem langwierigen Gaskrieg einen Durchschnittspreis von 95 US-Dollar zahlen muss. Gleichzeitig gelang es der belarussischen Opposition nicht, neue Fürsprecher im politischen Establishment Russlands zu gewinnen, nachdem die liberal-konservativen Parteien nach den Duma-Wahlen vom Dezember 2003 nicht mehr im Parlament vertreten waren.

Die zunehmenden Autorisierungstendenzen in Russland führten zudem dazu, dass die russische Führung sich selbst immer mehr vom westlichen Demokratiemodell abkehrte und verstärkte eine Doktrin der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der postsowjetischen Staaten gegenüber dem Westen vertrat. Dementsprechend bewertete Russland die belarussischen Präsidentschaftswahlen im März 2006 positiv und kritisierte nicht nur den „beispiellosen äußeren Druck“ des Westens, sondern stellte auch die von der OSZE angewandten Wahlbeobachtungskriterien in Frage. Zugleich sprach sich die russische Führung weiterhin gegen die Sanktionen aus, die von der EU und den USA gegenüber Belarus verhängt wurden, und warb für diplomatische Kompromisse im Umgang mit diesem Land. Faktisch würde das bedeuten, dass der Westen das von Lukaschenka geschaffene politische System vorbehaltlos anerkennen und die Strategie der politischen Isolation von Belarus aufgeben müsste.

Neue ökonomische Offensive Russlands

Die politische Unterstützung des Kremls für Alexander Lukaschenka ist allerdings nicht vorbehaltlos. Bereits unmittelbar nach der Wiederwahl Lukaschenkas machten die russische Führung und „Gasprom“ deutlich, dass Belarus ab 2007 „europäische Preise“ für die Gaslieferungen zahlen müsse. Die Höhe des noch zu vereinbarenden Preises dürfte dabei wesentlich davon abhängen, ob die belarussische Führung endlich der Privatisierung des Konzerns „Beltransgas“ entsprechend den russländischen

Forderungen zustimmen wird. Für Belarus, das nach Experteneinschätzungen bisher unter Putin jährlich indirekte Subventionen in Höhe von 500 Mio. bis 1,2 Mrd. US\$ erhielt, dürfte die Anhebung der Energiepreise zu einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 5 bis 12 Prozent führen – und damit das bisher ungebremste belarussische Wirtschaftswachstum unterbrechen. Infolge der Erhöhung des wirtschaftlichen Drucks schlagen die energiewirtschaftlichen Forderungen Russlands zudem eine Brücke zur Belarus-Politik des Westens und erlauben Russland damit eine Fortsetzung der aktuellen Strategie der „Partnerschaft trotz Gegnerschaft“ (Lilja Schewzowa) mit dem Westen. Denn angesichts der derzeit unüberbrückbaren Wertedifferenzen bleibt eine aktive Unterstützung Russlands für die politischen Forderungen des Westens gegenüber Belarus unmöglich. Die fortgesetzte

Integrationspolitik mit Belarus hält Putin zudem für das russische Wahljahr 2008 mehrere Optionen offen. So kann Belarus einerseits als Vorbild für eine dritte Amtszeit Putins dienen bzw. andererseits der gemeinsame Unionsstaat eine neue politische Funktion für Putin nach dem Ende seiner jetzigen Amtszeit eröffnen, wie sie derzeit kein anderes von Russland im post-sowjetischen Raum initiiertes Gebilde, einschließlich des Gemeinsamen Wirtschaftsraums, bietet. Bis zur Entscheidung der Machtfrage in Russland kann sich Alexander Lukaschenka daher der weiteren politischen Unterstützung des Kremls sicher sein. Diese Situation ließe sich lediglich im Falle eines gemeinsamen Wertekonsensus ändern, der über Sanktionen kaum zu erreichen sein wird.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Dr. Astrid Sahn, Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Assistentin an der Universität Mannheim, derzeit beurlaubt an die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk, Forschungsschwerpunkte: Umwelt- und Energiepolitik sowie Transformations- und Integrationsprozesse in den westlichen GUS-Staaten

Lesetipp:

- Timmermann, Heinz (2005): Die Republik Belarus, in: Piehl, Ernst / Schulze, Peter W. / Timmermann, Heinz (Hg.): Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin, 245–330
- Bruce, Chloë (2005): Friction or Fiction? The Gas Factor in Russian-Belarusian Relations, Chatham House Briefing Paper, REP BP 05/01, unter: <http://www.chathamhouse.org.uk/pdf/research/rep/BP0501gas.pdf>
- Deyermond, Ruth (2004): The State of the Union: Military Success, Economic and Political Failure in the Russia-Belarus Union, in: Europe-Asia Studies 56, 8: 1191–1205

Tabellen und Grafiken zum Text

Belarus und seine Nachbarn: Wirtschaftsdaten

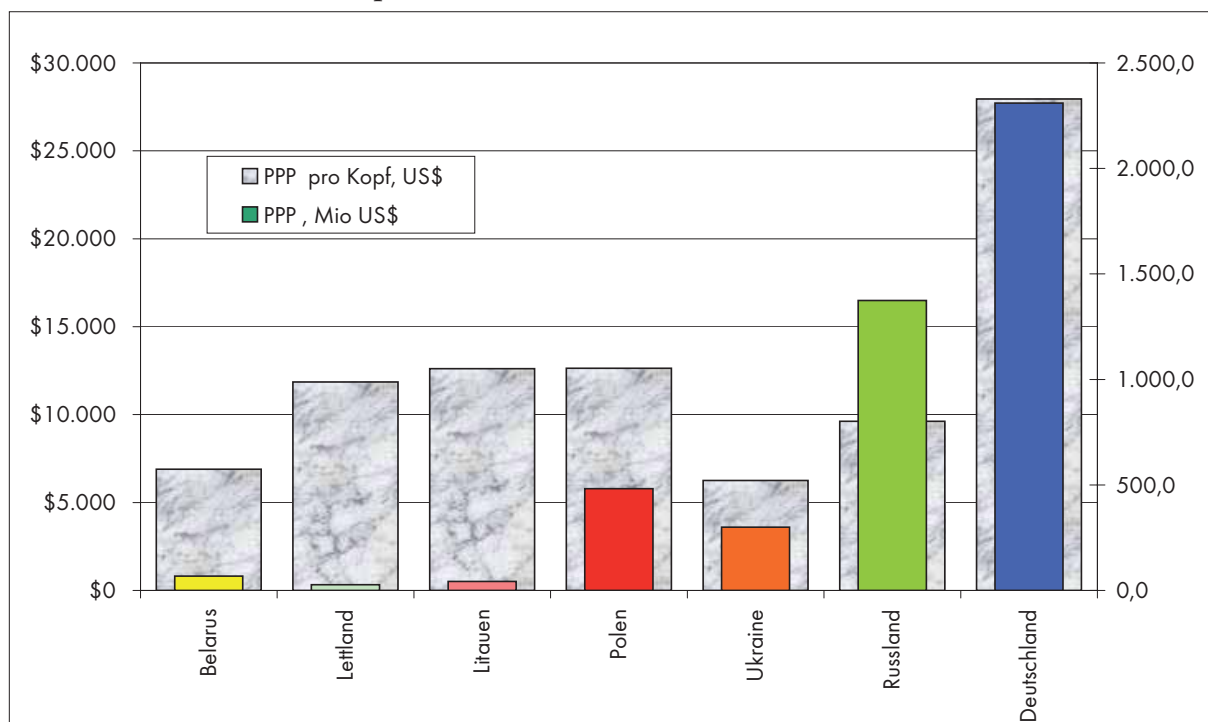
Belarus: Allgemeine Angaben

Fläche	
Belarus	207.595 km ²
Deutschland (zum Vergleich)	357.050 km ²
Einwohnerzahl	
Belarus	9.773.000
Deutschland (zum Vergleich)	82.460.000
Nationalitäten in Belarus	
Belarussen	81,20%
Russen	13,20%
Polen	4,10%
Ukrainer	2,90%

Außerhalb Belarus leben ca. 3 Mio. Belarussen und deren Nachkommen

Quelle: <http://www.belarus-botschaft.de/> und http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_928.pdf

Wirtschaftsleistung ost- und mitteleuropäischer Volkswirtschaften im Jahre 2004 (Weltbankdaten, PPP-Konzept)

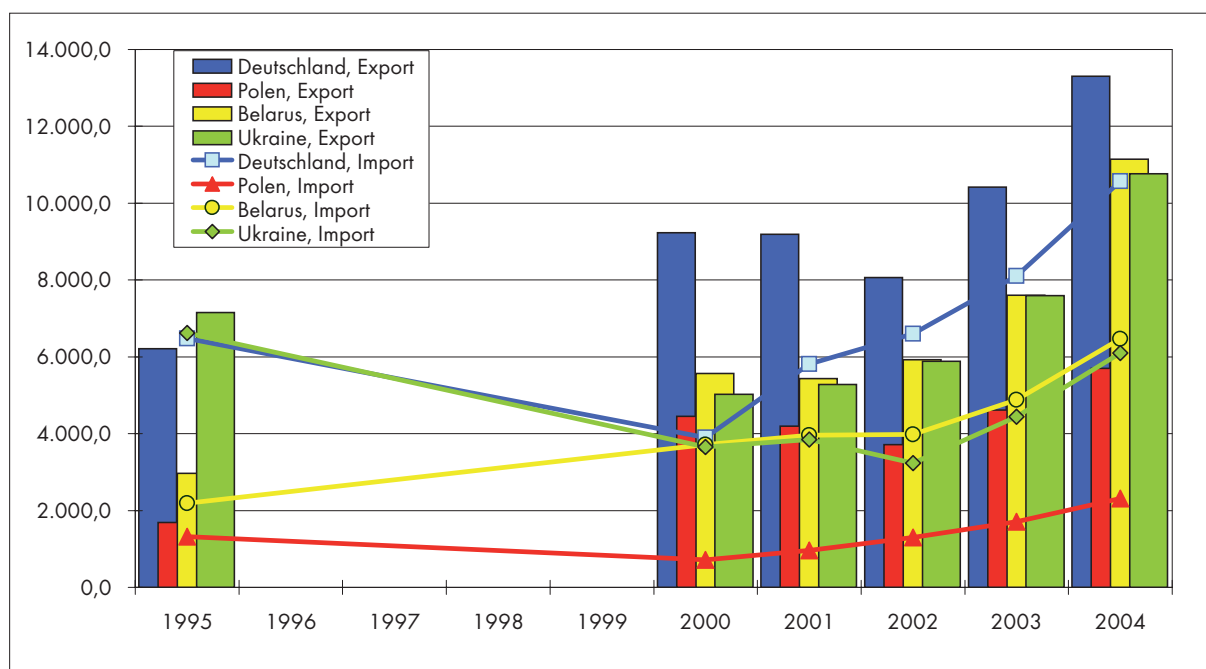


Wirtschaftsleistung ausgewählter Staaten Ost- und Mitteleuropas

	Bevölkerung, 2004			Gross national income (GNI), 2004		PPP gross national income (GNI), 2004		Lebenserwartung bei Geburt (Jahre), 2003		CO ² -Emission pro Kopf, metrische t
	Mio.	Jährliches Wachstum, %	Personen pr km ²	Mrd. US\$	US\$ Pro Kopf	Mrd. US\$	US\$ Pro Kopf	Männer	Frauen	
	2004	2000-4	2004	2004	2004	2004	2004	2003	2003	2000
Belarus	9,8	-0,4%	47	20,9	\$2.120	68,0	\$6.900	62	74	5,9
Lettland	2,3	-0,7%	37	12,6	\$5.460	27,0	\$11.850	66	76	2,5
Litauen	3,4	-0,5%	55	19,7	\$5.740	43,0	\$12.610	66	78	3,4
Polen	38,2	-0,3%	125	232,4	\$6.090	482,0	\$12.640	71	79	7,8
Ukraine	48,0	-0,8%	83	60,3	\$1.260	300,0	\$6.250	63	74	6,9
Russland	142,8	-0,5%	8	487,3	\$3.410	1.374,0	\$9.620	60	72	9,9
Deutschland	82,6	0,1%	237	2.489,0	\$30.120	2.310,0	\$27.950	76	81	9,6

Quelle: The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank: 2006 World Development Report. Equity and Development, Washington DC: A copublication of The World Bank and Oxford University Press 2005, 292f. http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2005/09/20/000112742_20050920110826/Rendered/PDF/322040World0Development0Report02006.pdf

Russischer Außenhandel mit ausgewählten westlichen Nachbarstaaten 1995–2004



Belarus in der russischen Außenhandelsstatistik

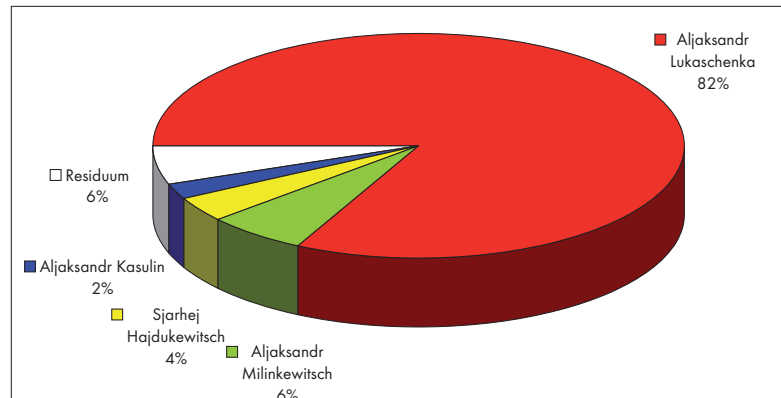
	1995	2000	2001	2002	2003	2004
In faktischen Preisen, Mio. US\$						
Export						
Deutschland, Export	6.208,0	9.232,0	9.194,0	8.060,0	10.419,0	13.300,0
Polen, Export	1.688,0	4.452,0	4.200,0	3.720,0	4.619,0	5.699,0
Belarus, Export	2.965,0	5.568,0	5.438,0	5.922,0	7.602,0	11.143,0
Ukraine, Export	7.149,0	5.024,0	5.282,0	5.885,0	7.595,0	10.771,0
Import						
Deutschland, Import	6.483,0	3.898,0	5.808,0	6.598,0	8.102,0	10.575,0
Polen, Import	1.321,0	716,0	962,0	1.300,0	1.713,0	2.310,0
Belarus, Import	2.185,0	3.710,0	3.963,0	3.977,0	4.880,0	6.463,0
Ukraine, Import	6.617,0	3.651,0	3.845,0	3.230,0	4.437,0	6.096,0
In % (1995=100)						
Export						
Deutschland	100,0%	148,7%	148,1%	129,8%	167,8%	214,2%
Polen	100,0%	263,7%	248,8%	220,4%	273,6%	337,6%
Belarus	100,0%	187,8%	183,4%	199,7%	256,4%	375,8%
Ukraine	100,0%	70,3%	73,9%	82,3%	106,2%	150,7%
Import						
Deutschland	100,0%	60,1%	89,6%	101,8%	125,0%	163,1%
Polen	100,0%	54,2%	72,8%	98,4%	129,7%	174,9%
Belarus	100,0%	169,8%	181,4%	182,0%	223,3%	295,8%
Ukraine	100,0%	55,2%	58,1%	48,8%	67,1%	92,1%

Quelle: <http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-05.htm>
<http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-06.htm>

Dokumentation

Offizielles Endergebnis der Präsidentenwahlen in Belarus

Quelle: http://www.belarus-botschaft.de/de/presse19_2006_de.htm



Die Präsidentenwahlen in Belarus – Bewertungen von GUS und OSZE

Belarus. Pressemitteilung Nr. 20 Berlin, den 24. März 2006

Erklärung der GUS-Wahlbeobachter:

Die Präsidentschaftswahl in Belarus ist frei und transparent

Am 20. März hat die GUS-Wahlbeobachtungsmission ihre offizielle Erklärung über die Ergebnisse der Beobachtung während der Präsidentschaftswahl in Belarus veröffentlicht.

Die Beobachtung wurde auf Einladung der belarussischen Seite und gemäß dem entsprechenden Beschluss des Rates der GUS-Staatsoberhäupter organisiert.

Insgesamt wurden 467 GUS-Wahlbeobachter im Laufe der Präsidentschaftswahl in Belarus akkreditiert, darunter die Vertreter von Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Die GUS-Wahlbeobachter schätzen es als positiv ein, dass auch 1235 andere internationale und mehr als 30 000 belarussische Beobachter die Wahlkampagne verfolgt haben, heißt es im Dokument.

Am Wahltag haben die GUS-Beobachter 4283 Wahllokale (65 % der Gesamtzahl) besucht. Die Beobachtung wurde in verschiedenen Etappen – von Eröffnung der Wahllokale bis Stimmenauszählung – durchgeführt.

In der Erklärung wird es festgestellt, dass in der Republik Belarus alle notwendigen rechtlichen und organisatorischen Bedingungen für Wahlbeobachtung geschaffen worden sind.

Es wurde durch die GUS-Beobachtungsmission die Meinung vertreten, dass die Wahlkommissionen die Wahrnehmung der Wahlrechte der belarussischen Bürger während der Präsidentschaftswahl gewährleistet haben. Die einzelnen Unregelmäßigkeiten waren weder systematisch noch massenhaft und haben die freie Willensäußerung der Wähler und die Ergebnisse der Abstimmung nicht beeinträchtigt.

Zugleich hat die GUS-Wahlbeobachtungsmission festgestellt, dass die Präsidentschaftswahl in Belarus vor dem Hintergrund des beispiellosen politischen Drucks von Außen verlief. Die vorgefassten Erklärungen, harte Einschätzungen, Bedrohungen mit politischen und wirtschaftlichen Restriktionsmaßnahmen stellten einen Versuch dar, die Wahlkampagne zu beeinflussen.

Im Abschlussteil des Dokuments wird folgende Schlussfolgerung gezogen:

„Die GUS-Wahlbeobachter

- sind überzeugt, dass die Präsidentschaftswahl in der Republik Belarus, die am 19. März 2006 stattgefunden hat, in voller Übereinstimmung mit der belarussischen Wahlgesetzgebung, unter hoher Wahlbeteiligung durchgeführt worden ist;
- erachten die Präsidentschaftswahl als frei und transparent;
- rufen die anderen internationalen Wahlbeobachter, die die Schlussfolgerungen und Einschätzungen dieser Erklärung teilen, auf, sich denen anzuschließen.“

Quelle: http://www.belarus-botschaft.de/de/presse20_2006_de.htm

OSZE-Pressemitteilung. Minsk, 20. März 2006

Minsk, 20. März 2006. Die belarussische Präsidentenwahl am 19. März hat den Standards der OSZE für demokratische Wahlen nicht entsprochen, obwohl den Wählern potenziell eine echte Alternative angeboten wurde, da sie zwischen vier Kandidaten wählen konnten.

Willkürlicher Einsatz von Staatsmacht Staates und zahlreiche Verhaftungen bezeugten eine Missachtung der Grundrechte der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung und gaben zu Zweifeln hinsichtlich der Bereitschaft der Behörden, politischen Wettbewerb zu tolerieren, Anlass – so die Schlussfolgerung der OSZE-Mission, die heute veröffentlicht wird.

Über 500 internationale Beobachter aus 38 Ländern beobachteten die Stimmabgabe und -auszählung für das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA).

„Das belarussische Volk hat Besseres verdient. Die mutigen Versuche der Oppositionskandidaten, den Wählern eine bei der Präsidentenwahl echte Alternative anzubieten, wurden durch Aktionen der staatlichen Behörden behindert,“ sagte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung Alcee Hastings, der vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zum Sonderkoordinator für die Kurzzeitbeobachter ernannt worden war.

„Wahlen an sich machen noch keine Demokratie. Sie sind jedoch die wesentlichste Stütze des demokratischen Prozesses. Die Demokratie selbst ist ein niemals endender evolutionärer Prozess, und als Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki haben wir die Verantwortung, jeden der 55 Mitgliedsstaaten zu ermuntern, ständige Fortschritte zu machen, um die Demokratie zu erreichen und zu vervollkommen.“

Botschafter Geert-Hinrich Ahrens, Leiter der Langzeitbeobachtermission, die von der OSZE bzw. dem OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte entsandt worden war, fügte hinzu: „Ich hätte nichts lieber getan als über die Wahl, die wir gerade beobachtet haben, ein positives Statement abzugeben. Leider gab es zu viele ernste Verletzungen von internationalen Wahlstandards. Ich bin tief betrübt, die Verschlechterung miterlebt zu haben, die gegen Ende der Wahlkampagne einsetzte. Eine positive Bewertung dieser Wahl ist unmöglich. Ich bedaure es außerordentlich, aber die OSZE-Standards, denen alle Mitgliedsländer zugestimmt haben, müssen unsere Richtlinie sein.“

Eine Stellungnahme der Sicherheitsdienste, das die Opposition und die Zivilgesellschaft beschuldigte, eine Machtübernahme zu planen und sie mit dem Terrorismus in Verbindung brachte, trug entscheidend zu einem Klima der Einschüchterung und Unsicherheit bei. Dieses wurde weiter durch Schikane gegen und Verhaftung von politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten verschärft.

Kandidaten der Opposition hatten Schwierigkeiten, ihre Botschaften an die Öffentlichkeit zu bringen, während die Berichterstattung über den Präsidenten ausführlich und positiv war. Staatliche Angestellte und Studenten wurden unter Druck gesetzt, damit sie nicht an der Wahlkampagne der Oppositionskandidaten teilnahmen und damit sie für den amtierenden Präsidenten stimmten.

Positiv ist zu vermelden, dass den Kandidaten zwei Stunden gratis Radio- und Fernsehzeit zugestanden wurden, wenn auch teilweise zensiert. Der Wahltag war ruhig und ordentlich, aber in vielen Fällen enthielten Leiter von Wahllokalen den Wahlbeobachtern grundlegende Informationen über die Stimmabgabe vor.

Die Auszählung der Stimmen war sehr problematisch und Beobachter bewerteten viele der beobachteten Auszählungen negativ. In einer Reihe von Fällen wurden die Resultate mit Bleistift ausgefüllt und die meisten Beobachter durften nicht nahe genug an der Auszählung stehen, um die Markierungen auf dem Stimmzettel zu sehen.

Über 30% der Wähler gaben ihre Stimme während der fünf Tage der vorgezogenen Stimmabgabe ab. Fehlende Sicherheitsmaßnahmen für die Wahlurnen erhöhten die Wahrscheinlichkeit eines Wahlbetrugs. Die Mission erhielt außerdem eine Reihe von Berichten, dass Manager und Direktoren ihre Angestellten unter Druck setzten, damit diese frühzeitig wählen gingen.

Bedauerlicherweise wurden acht Beobachtern des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte und 19 OSZE-Parlamentariern entweder Einreise oder Visum verweigert, sodass sie nicht an dieser Mission teilnehmen konnten.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

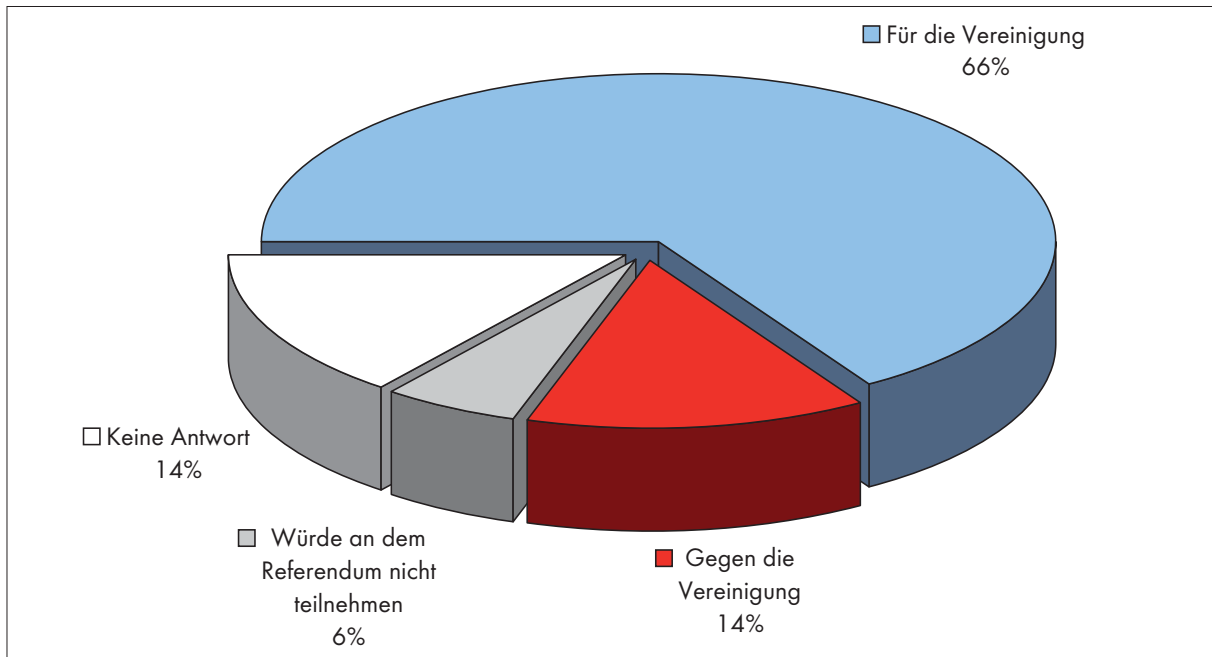
Quelle: <http://www.osce.org/item/18438.html>

Umfrage

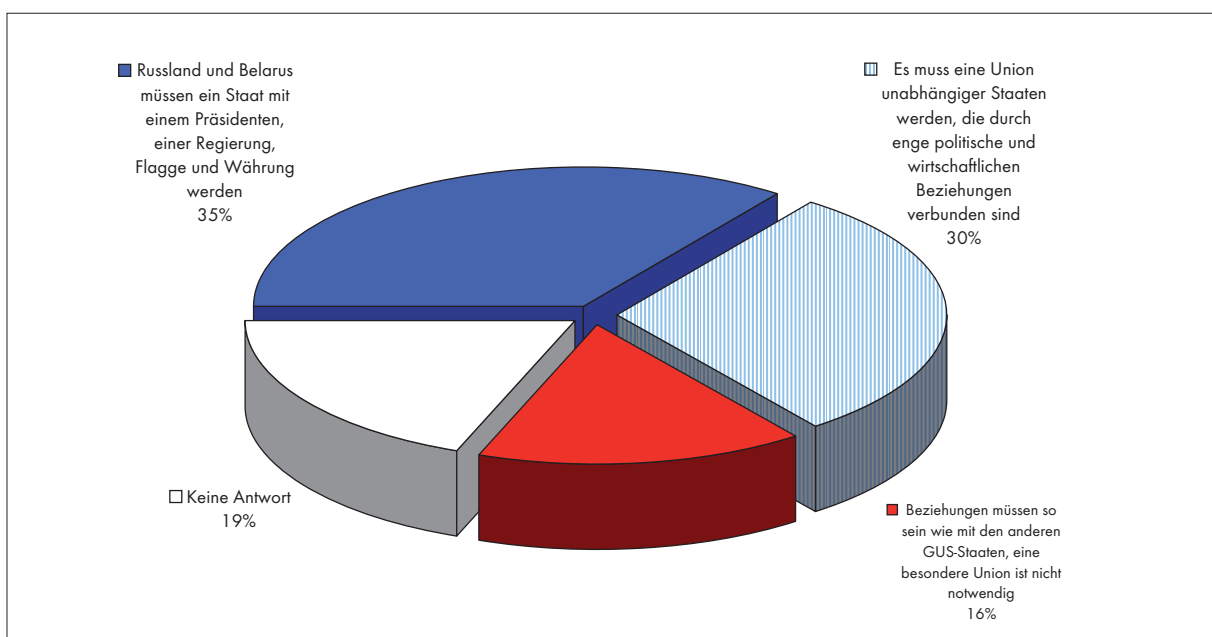
Russen über die Beziehungen zu Belarus

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 25.–26. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0609.zip>

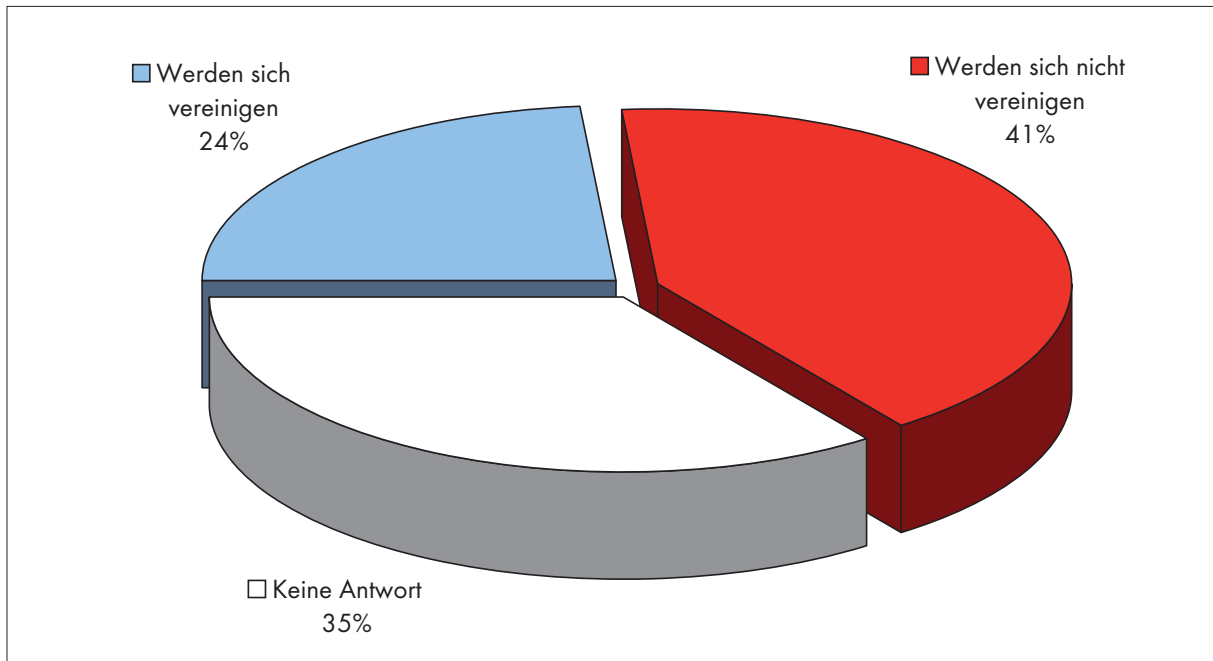
Würden Sie heute für eine Vereinigung von Belarus und Russland stimmen?



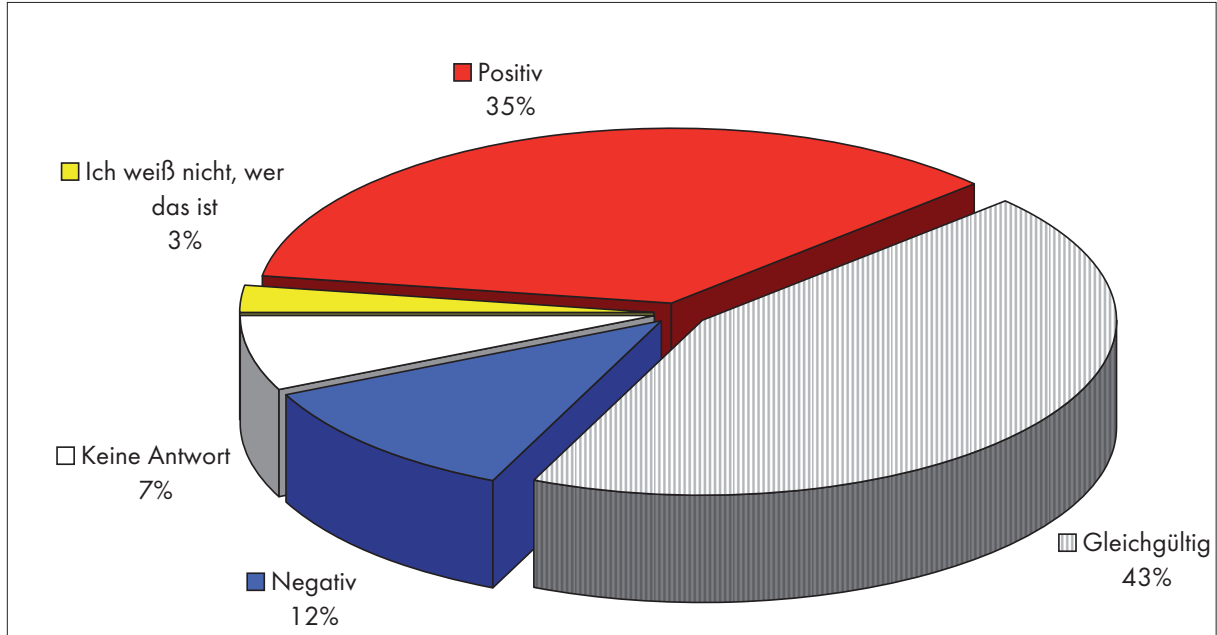
Welche Vereinigungsvariante würden Sie befürworten?



Werden sich Russland und Belarus in den nächsten Jahren zu einem Staat vereinigen?



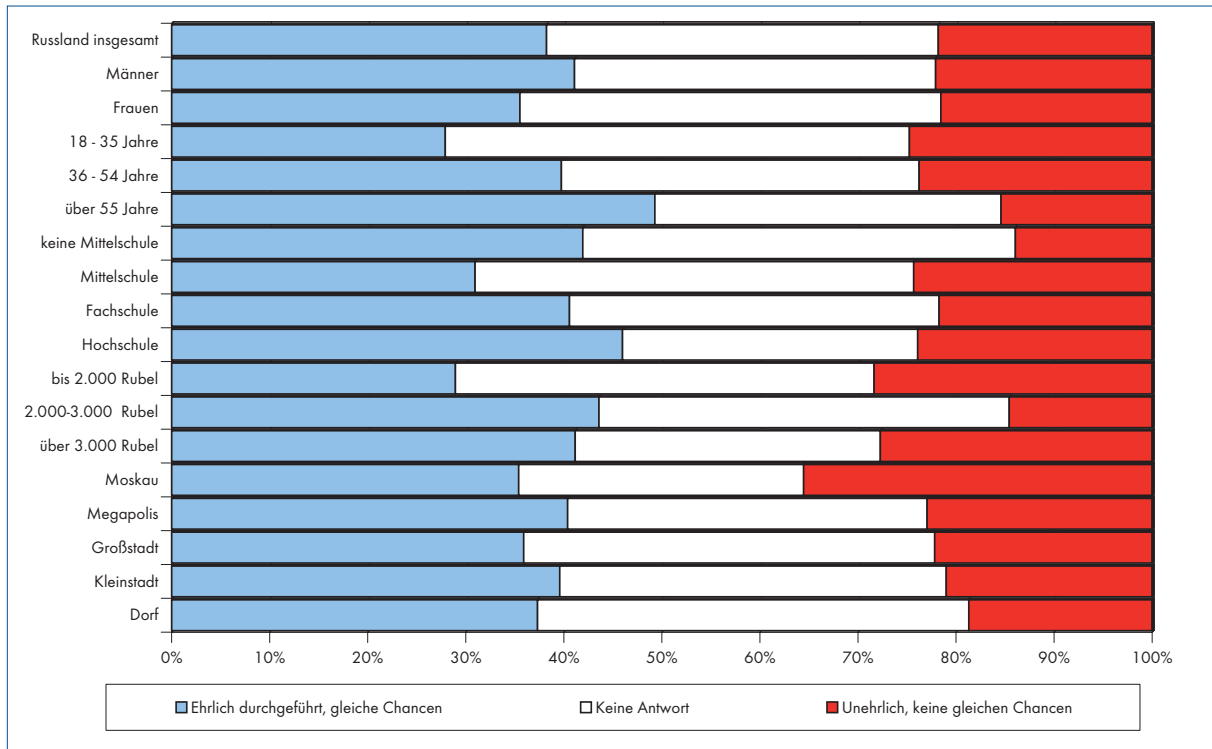
Wie stehen Sie zu Lukaschenka?



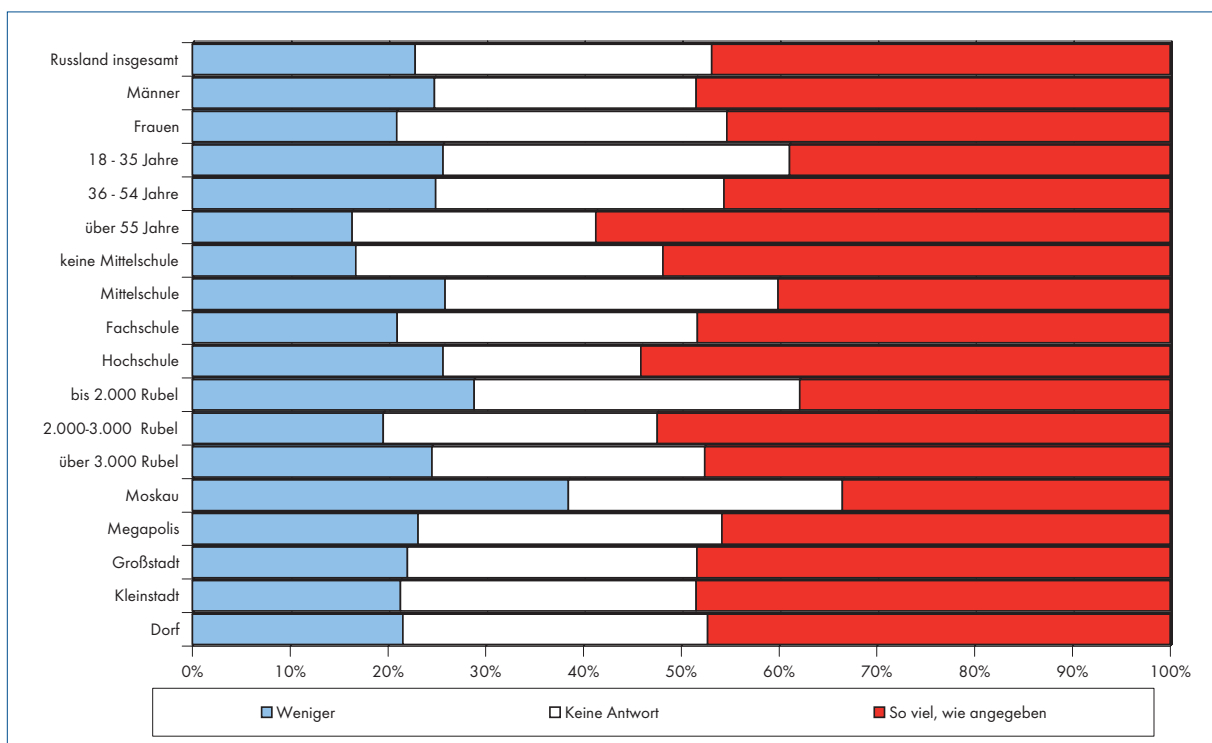
Russen über die Ergebnisse der Präsidentenwahlen in Belarus

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 25.–26. März und 8.–9. April 2006
<http://bd.fom.ru/zip/tb0615.zip>

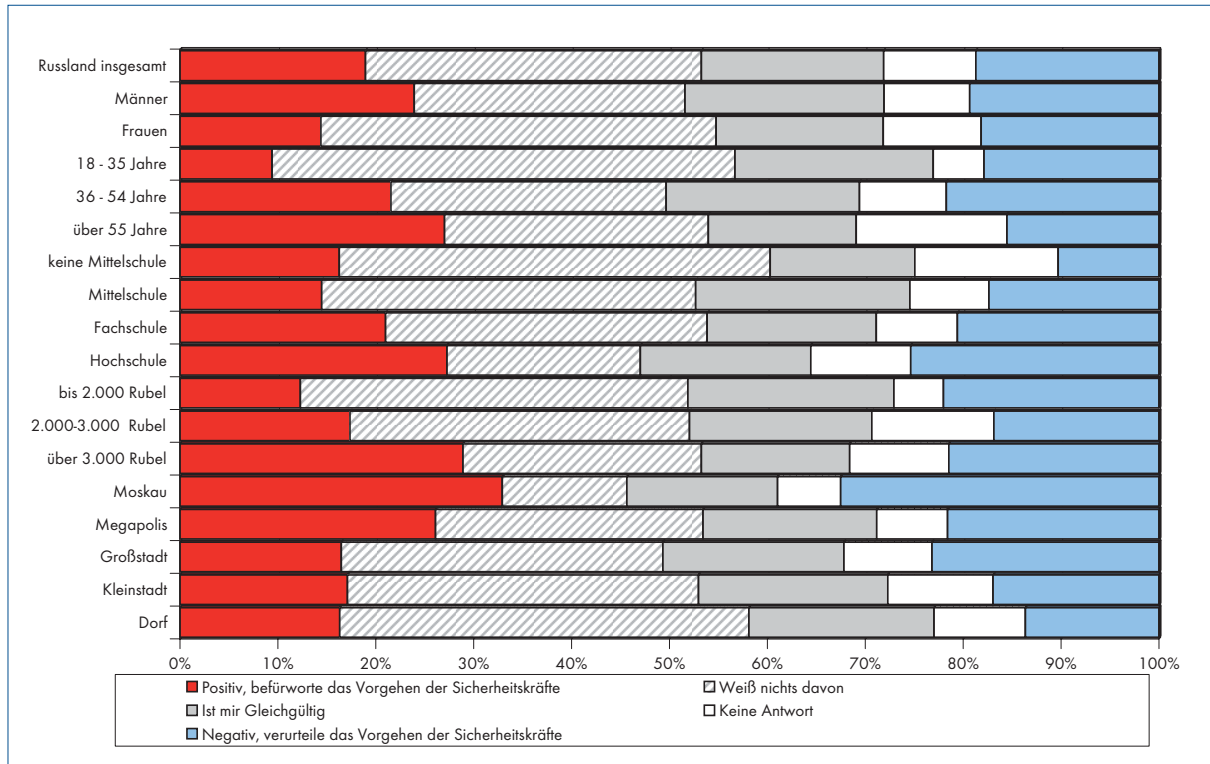
Glauben Sie, dass die Präsidentenwahlen in Belarus ehrlich durchgeführt wurden und alle Kandidaten gleiche Chancen hatten?



Wie viel Stimmen hat Lukaschenka Ihrer Meinung nach bei den Präsidentenwahlen bekommen?



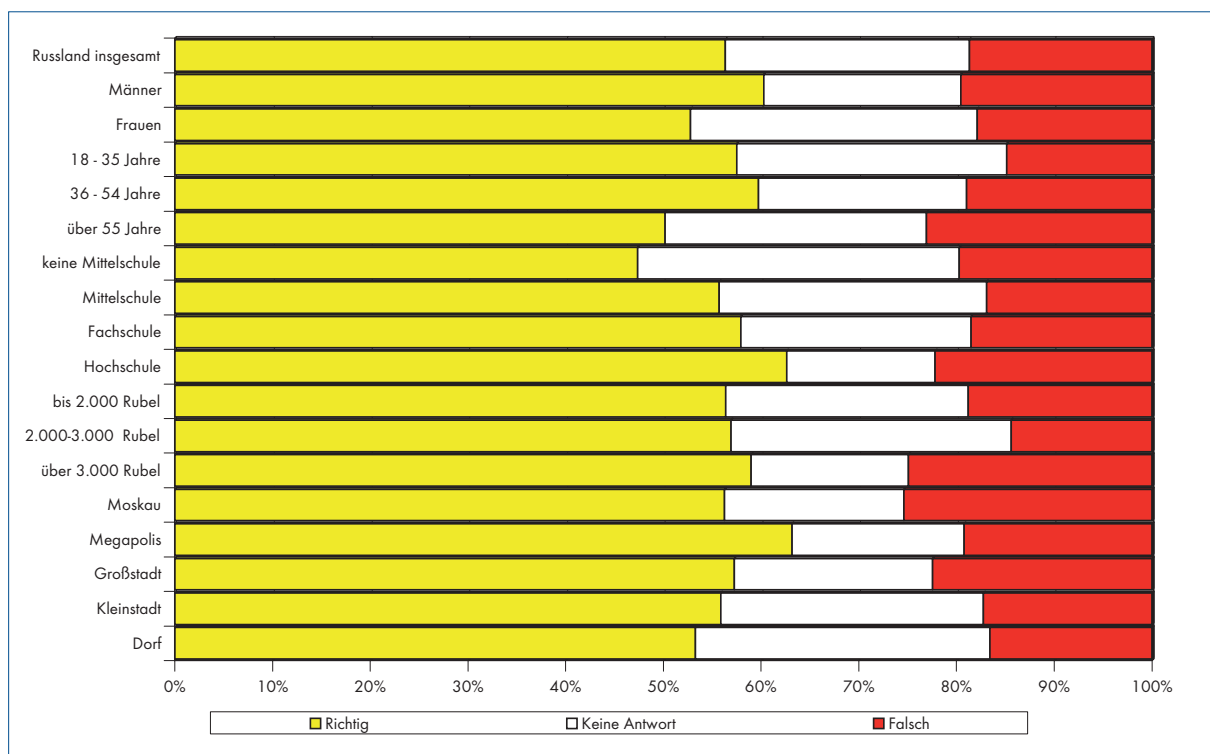
Wie stehen Sie dazu, dass die Demonstration der Opposition in Minsk auseinandergetrieben und ein Teil der Teilnehmer festgenommen wurde?

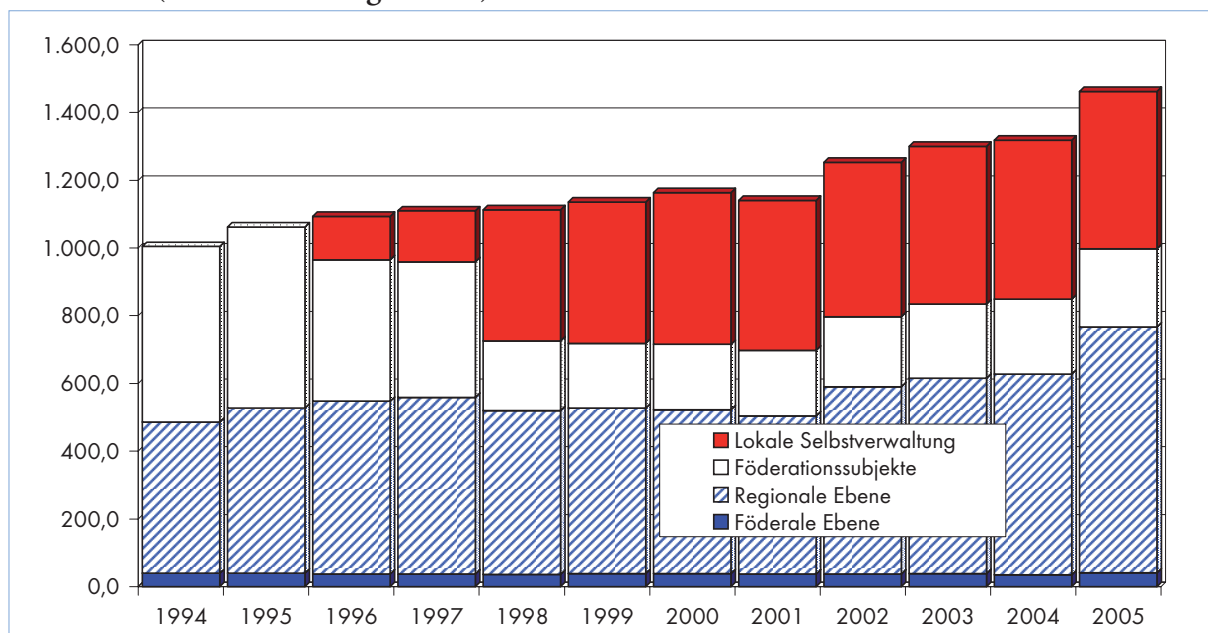
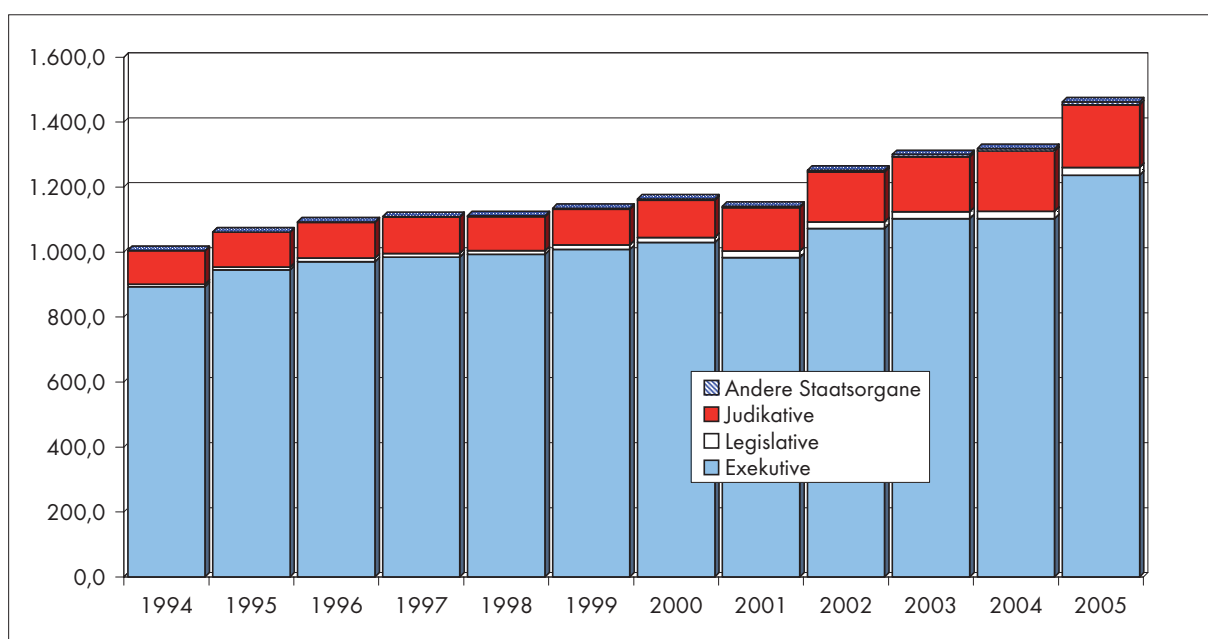


Ein russisch-belarussischer Gastreit?

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 8.–9. April 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0615.zip>

Ist es Ihrer Meinung nach richtig, den Gaspreis für Belarus zu erhöhen?



Statistik
**Angaben der russischen Statistikbehörde
über den russischen Staatsapparat 2005**
**Anzahl der Mitarbeiter in staatlichen Behörden und in der lokalen Selbstverwaltung,
Ende 2005 (nach Verwaltungsebenen)**

**Anzahl der Mitarbeiter in staatlichen Behörden und in der lokalen Selbstverwaltung,
Ende 2005 (nach Tätigkeitsfeldern)**


Anzahl der Mitarbeiter in staatlichen Behörden und in der lokalen Selbstverwaltung, Ende 2005 (nach Verwaltungsebenen)

(1.000 Personen)	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Staatsapparat und lokale Selbstverwaltung insgesamt	1.004,4	1.061,8	1.092,9	1.109,5	1.112,1	1.135,3	1.163,3	1.140,6	1.252,3	1.300,5	1.318,6	1.462,0
Föderale Ebene	39,4	39,8	37,9	37,5	35,9	38,7	38,8	37,2	37,9	38,6	35,6	41,1
Regionale Ebene	446,5	487,4	509,4	521,1	484,0	488,9	483,7	467,6	552,5	577,3	592,4	725,6
Föderationssubjekte	518,5	534,6	417,5	400,9	206,0	190,5	192,9	192,7	206,6	218,6	220,6	230,7
Lokale Selbstverwaltung			128,1	150,1	386,3	417,2	448,0	443,0	455,4	466,0	470,0	464,5

Quelle: Angaben der russischen Statistikbehörde Roskomstat <http://www.gks.ru/kadr/tab1.htm>

Anzahl der Mitarbeiter in staatlichen Behörden und in der lokalen Selbstverwaltung, Ende 2005 (nach Tätigkeitsfeldern)

(1.000 Personen)	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Staatsapparat und lokale Selbstverwaltung insgesamt	1.004,4	1.061,8	1.092,9	1.109,5	1.112,1	1.135,3	1.163,3	1.140,6	1.252,3	1.300,5	1.318,6	1.462,0
Legislative	7,2	8,8	10,5	11,1	11,0	14,4	15,5	19,2	20,4	21,7	22,9	24,4
Exekutive	894,4	945,1	971,1	985,0	993,2	1.008,1	1.029,5	983,7	1.072,6	1.102,9	1.103,3	1.236,6
Judikative	102,7	107,3	110,1	111,5	105,6	110,1	115,2	134,3	153,9	168,5	184,5	192,8
Andere Staatsorgane	0,1	0,6	1,2	1,9	2,3	2,6	3,1	3,5	5,5	7,4	7,9	8,3

Quelle: Angaben der russischen Statistikbehörde Roskomstat <http://www.gks.ru/kadr/tab1.htm>

Zahl der Mitarbeiter in föderalen Behörden Ende 2005

(Angaben für Exekutive schließt nicht ein: das Innenministerium, das Verteidigungsministerium, den Föderalen Dienst für technische und Exportkontrolle, die Auslandsaufklärung, den Föderalen Sicherheitsdienst (Inlandsgeheimdienst), den Föderalen Schutzdienst, die Hauptverwaltung für Spezialprogramme des Präsidenten)

	Insgesamt	Auf föderaler Ebene	Auf regionaler Ebene
Alle föderalen Behörden	766.768	41.127	725.641
Legislative	4.674	4.185	489
Föderationsrat	1.513	1.409	104
Staatsduma	3.161	2.776	385
Exekutive	592.577	31.730	560.847
Administration des Präsidenten und Apparate der Präsidentialbevollmächtigten	2.679	2.037	642
Präsidentialapparat	948	948	-

I. Föderale Ministerien, Föderale Dienste und Agenturen, die unter Leitung des Präsidenten stehen; Föderale Dienste und Agenturen, die diesen Ministerien untergeordnet sind

Ministerium für Inneres der Russischen Föderation	keine Angaben		
Föderaler Migrationsdienst	3.497	516	2.981
Ministerium der Russischen Föderation für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen die Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen	23.586	766	22.820
Ministerium für Äußeres der Russischen Föderation	3.499	3.187	312
Verteidigungsministerium der Russischen Föderation	keine Angaben		
Föderaler Dienst für rüstungstechnische Zusammenarbeit	108	108	-
Föderaler Dienst für Verteidigungsaufträge	132	132	-
Föderaler Dienst für technische und Exportkontrolle	keine Angaben		
Föderale Agentur für Sonderbauwesen	143	143	-
Justizministerium der Russischen Föderation	1.810	708	1.102
Föderaler Dienst für den Strafvollzug	keine Angaben		
Föderaler Registrationsdienst	28.914	137	28.777
Föderaler Dienst der Gerichtsaufseher	52.424	193	52.231
Staatlicher Feldjägerdienst der Russischen Föderation	4.182	103	4.079
Dienst für Auswärtige Aufklärung der Russischen Föderation	keine Angaben		
Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation	keine Angaben		
Föderaler Dienst der Russischen Föderation für die Kontrolle des Drogenhandels und psychotrope Stoffe	33.718	3.013	30.705
Föderaler Schutzdienst der Russischen Föderation	keine Angaben		

II. Föderale Ministerien, die unter der Leitung der Regierung stehen; Föderale Dienste und Agenturen, die diesen Ministerien untergeordnet sind

Ministerium für Gesundheitswesen und Sozialentwicklung der Russischen Föderation	512	512	-
Föderaler Aufsichtsdienst in der Sphäre des Schutzes der Konsumentenrechte und des Wohlergehens der Menschen	20.277	140	20.137
Föderaler Aufsichtsdienst in der Sphäre des Gesundheitswesens und der sozialen Entwicklung	383	125	259
Föderaler Dienst für Arbeit und Beschäftigung	9.092	191	8.901
Föderale Agentur für Gesundheitswesen und Sozialentwicklung	210	195	15

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Zahl der Mitarbeiter in föderalen Behörden Ende 2005 (Fortsetzung)

	Insgesamt	Auf föderaler Ebene	Auf regionaler Ebene
Föderale Agentur für Körperkultur, Sport und Tourismus	130	130	-
Ministerium für Kultur und Massenkommunikation der Russischen Föderation	186	186	-
Föderaler Aufsichtsdienst für Einhaltung der Gesetzgebung in der Sphäre der Massenkommunikation und der Bewahrung des Kulturerbes	282	93	189
Föderale Archivagentur	65	65	-
Föderale Agentur für Kultur und Filmwesen	199	199	-
Föderale Agentur für Presse und Massenkommunikation	184	184	-
Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation	357	357	-
Föderaler Dienst für intellektuelles Eigentum, Patente und Warenzeichen	74	74	-
Föderaler Aufsichtsdienst in der Bildungs- und Wissenschaftssphäre	166	166	-
Föderale Agentur für Wissenschaft und Innovation	190	190	-
Föderale Agentur für Bildung	314	314	-
Ministerium für Naturressourcen der Russischen Föderation	359	359	-
Föderaler Aufsichtsdienst für Naturnutzung	3.668	110	3.558
Föderale Agentur für Wasserressourcen	1.249	95	1.154
Föderale Agentur für Waldwirtschaft	3.217	126	3.091
Föderale Agentur für Nutzung der Bodenschätze	1.347	124	1.223
Ministerium für Industrie und Energiewirtschaft der Russischen Föderation	737	737	-
Föderale Agentur für Industrie	442	442	-
Föderale Agentur für technologische Regulierung und Metrologie	806	144	662
Föderale Agentur für Energiewirtschaft	274	212	62
Ministerium für Regionalentwicklung	284	284	-
Föderale Agentur für Bauwesen und kommunale Wohnungswirtschaft	170	170	-
Landwirtschaftsministerium der Russischen Föderation	451	451	-
Föderaler Dienst für veterinär- und phytomedizinische Aufsicht	20.469	127	20.342
Föderale Agentur für Fischfang	140	140	-
Transportministerium der Russischen Föderation	444	444	-
Föderaler Aufsichtsdienst in der Transportsphäre	7.601	290	7.311
Föderale Agentur für Luftverkehr	480	149	331
Föderale Straßenagentur	219	219	-
Föderale Agentur für Eisenbahntransport	280	127	153
Föderale Agentur für See- und Flussschifffahrt	196	196	-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Zahl der Mitarbeiter in föderalen Behörden Ende 2005 (Fortsetzung)

	Insgesamt	Auf föderaler Ebene	Auf regionaler Ebene
Föderale Agentur für Geodäsie und Kartographie	210	91	119
Ministerium für Informationstechnologie und Kommunikation der Russischen Föderation	239	239	-
Föderaler Dienst für Aufsicht über die Kommunikationssphäre	2.847	81	2.766
Föderale Agentur für Informationstechnologien	106	106	-
Föderale Agentur für Kommunikation	97	97	-
Ministerium für Finanzen der Russischen Föderation	1.091	1.091	-
Föderaler Steuerdienst	177.403	928	176.475
Föderaler Dienst für Versicherungsaufsicht	246	139	107
Föderaler Dienst für Finanz- und Haushaltsaufsicht	5.871	219	5.652
Föderaler Dienst für Finanzmonitoring	398	255	143
Föderale Staatskasse	56.276	373	55.903
Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Russischen Föderation	2.152	1.865	287
Föderaler Zolldienst	60.434	1.759	58.675
Föderale Agentur für staatliche Reserven	1.230	319	911
Föderale Agentur für das Immobilienkataster	7.799	246	7.553
Föderale Agentur für Verwaltung des föderalen Eigentums	3.611	451	3.160
III. Föderale Dienste und Agenturen, die von der Regierung der Russischen Föderation geleitet werden			
Föderaler Antimonopoldienst	1.843	340	1.503
Föderaler Tarifdienst	245	245	-
Föderaler Dienst für Hydrometeorologie und Umweltmonitoring	390	140	250
Föderaler Dienst für staatliche Statistik	23.796	549	23.247
Föderaler Dienst für ökologische, technologische und nukleare Aufsicht	12.578	360	12.218
Föderaler Dienst für die Finanzmärkte	973	267	706
Föderale Agentur für Atomenergie	474	474	-
Föderale Raumfahrtagentur	210	210	-
Föderale Tourismusagentur	76	76	-
Föderale Agentur für Körpererächtigung und Sport	176	176	-
Föderale Organe der Rechtspflege	168.029	3.724	164.305
Verfassungsgericht	343	343	-
Oberstes Gericht	95.888	948	94.940
Gerichtsabteilung am Obersten Gericht	6.357	407	5.950
Oberstes Schiedsgericht (Wirtschaftsrecht)	11.706	474	11.232
Generalstaatsanwaltschaft	53.735	1.552	52.183
Andere föderale Behörden	1.488	1.488	-
Rechnungshof	1.105	1.105	-
Zentrale Wahlkommission	200	200	-
Apparat des Menschenrechtsbevollmächtigten	183	183	-

 Quelle: Angaben der russischen Statistikbehörde Roskomstat <http://www.gks.ru/kadr/tab2.htm>

Chronik
Vom 7. bis zum 20. April 2006

7.4.2006	Ein senegalesischer Student wird in St. Petersburg von Unbekannten erschossen.
7.4.2006	Der armenische Außenminister Warrant Oskanian erörtert mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow Energiefragen, die Lage im Iran und Möglichkeiten, die Verhandlungen über Nagornyj Karabach wieder aufzunehmen.
10.4.2006	In Machatschkala (Dagestan) werden bei einem Schusswechsel zwei Polizisten und ein Untergrundkämpfer getötet. Ein zweiter Guerilla wird verwundet und festgenommen, ein dritter kann entkommen.
11.4.2006	In Nasran (Inguschetien) umstellen Sicherheitskräfte ein Haus, in dem sich eine Gruppe von Untergrundkämpfern verschanzt hat. Bei dem einstündigen Schusswechsel werden ein Polizist und zwei Untergrundkämpfer getötet.
11.4.2006	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland werde seine Finanzhilfe für die palästinensische Führung fortsetzen. Die USA und die EU hatten ihre Zahlungen eingestellt, nachdem die Hamas die Regierung übernommen hatte.
16.4.2006	In der Nähe von Buinaksk (Dagestan) greift eine Gruppe von sechs Untergrundkämpfern Sicherheitskräfte an, die ein Dorf durchsuchen. Zwei Polizisten und drei Untergrundkämpfer werden getötet.
16.4.2006	Am Jahrestag der Übernahme des Senders NTV durch Gazprom demonstrieren in Moskau 1.500 Personen für Pressefreiheit.
16.4.2006	Michail Chodorkowskij, zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilter Finanzmagnat, wird von einem Mithäftling mit dem Messer im Gesicht verletzt.
17.4.2006	Das neue NGO-Gesetz, das die Spielräume von NGOs einschränkt, tritt in Kraft.
18.4.2006	XV. Kongress des Unternehmerverbandes RSPP, an dem über 600 Geschäftsleute aus 88 Regionen Russlands teilnehmen.
18.4.2006	In Moskau führen Vertreter der Außenministerien von China, Russland, Großbritannien, den USA, Frankreich und Deutschland Gespräche über die iranische Nuklearpolitik. Es gelingt an diesem Tage nicht, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen.
18.4.2006	Ein Gericht in Krasnokamensk stellt fest, dass die Bestrafung Chodorkowskij mit Einzelhaft durch die Gefängnisbehörden im Januar 2006 unrechtmäßig war.
18.4.2006	Präsident Putin empfängt Sergej Bogdantschikow, den Vorstandsvorsitzenden des in staatlicher Hand befindlichen Mineralölunternehmens „Rosneft“ auf seiner Datscha in Nowo-Ogarewo. Das Treffen wird im Fernsehen übertragen. Zeitgleich kündigt Rosneft einen Plan zur Konsolidierung der Besitzanteile in Tochterunternehmen an, das Minderheitenaktionäre stark benachteiligt.
18.4.2006	In der Republik Karatschajewo-Tscherkessk demonstrieren 500 Personen gegen einen Entscheid des Obersten Gerichts, der die Regionalwahlen am 25. Dezember in zwei Wahlbezirken für ungültig erklärt.
19.4.2006	Michail Chodorkowskij wird in Einzelhaft verlegt, nachdem er am 16.4. von einem Mithäftling mit einem Messer angegriffen wurde.
19.4.2006	Rosregistracija, die für die Registrierung von NGOs zuständige Regierungsagentur, beantragt vor Gericht die Auflösung des „Komitees der Soldatenmütter“, zieht den Antrag jedoch umgehend zurück.
19.4.2006	Der russische Generalstabschef, Armeegeneral Jurij Balujewskij, teilt nach einem Gespräch mit General James Johnson, dem Oberkommandierenden der NATO, mit, dass Russland seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Iran nachkommen und diesem Land 30 Luftabwehrsysteme des Typs TOR-M1 liefern werde.
19.4.2006	Swetlana Bachmina, die als Anwältin für den Mineralölkonzern Jukos arbeitete, wird im Zusammenhang des Vorgehens gegen das Unternehmen, das inzwischen weitgehend zerschlagen ist, wegen Betrugs und Steuerhinterziehung zu sieben Jahren Haft verurteilt.
20.4.2005	Der Ataman der Kosakentruppen in Nordossetien, Bibo Dszew, wird von Unbekannten erschossen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Osteuropa 3/2006

ist erschienen. Das Heft hat 192 Seiten und kostet 9,50 €. Zu bestellen ist es über osteuropa@dgo-online.org
Es enthält folgende Beiträge zu Rußland:

Lilija Ševcova

Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin

Die politische Entwicklung Rußlands folgt einer ebenso paradoxen wie furchteinflößenden Logik. Die herrschende Klasse ist an der Stabilisierung der bestehenden Ordnung interessiert. Diese spezifische Ordnung kann jedoch nur gefestigt werden, wenn sie im Fluß ist. Die Unbestimmtheit ist ihr Wesen. Die herrschende Clique arbeitet mit Nachdruck an einem Staat, der nicht nur eine riesige Gefahr für die rußländische Gesellschaft darstellt, sondern ihr selbst außer Kontrolle geraten könnte. Doch gegenwärtig gibt es keine politische Kraft, die verhindern könnte, daß Rußland in einen Gesellschaftszerfall oder eine Diktatur abgleitet.

Boris Dubin

Simulierte Macht und zeremonielle Politik.

Elemente der politischen Kultur in Rußland

Seit Beginn der Putin-Ära inszenieren die staatlichen Medien in Rußland eine zeremonielle Politik, simulieren Machtfiguren und entwerfen Bedrohungsszenarien. Eine solche symbolische Politik soll Solidarität mobilisieren und die Nation zusammenschmieden. Doch kann sie nicht verdecken, daß die Männer an Rußlands Staatsspitze schwach und verantwortungslos sind, die Elite entweder dienstfertig oder gelähmt ist und die Bevölkerung in Angst verharrt.

Ulrich Hofmeister

Kolonialmacht Sowjetunion

Ein Rückblick auf den Fall Uzbekistan

War die UdSSR eine Kolonialmacht? Das Beispiel Uzbekistan zeigt, daß alle Charakteristika des Kolonialismus auf die sowjetische Herrschaft in Zentralasien zutreffen. Substantielle Unterschiede zur Herrschaftspraxis der westeuropäischen Kolonialmächte erklären sich dadurch, daß die Sowjetmacht mit größerer Konsequenz versuchte, Uzbekistan in den Gesamtstaat zu integrieren. Langfristig reichten diese Bemühungen nicht aus, so daß auch die zentralasiatischen Republiken den Weg der Dekolonisation einschlugen.

Petra Huber

Verrat oder Vermittlung?

Iosif Brodskij / Joseph Brodsky als Doppelspion der Kultur

Der Lyriker und Übersetzer Iosif Brodskij verließ 1972 die Sowjetunion und wurde in den USA als Joseph Brodsky, Dichter, Essayist und Universitätsdozent „wiedergeboren“. Er verfaßte dort seine Gedichte weiterhin zumeist auf russisch, bei der Essayistik jedoch vollzog Brodskij einen Wechsel zur neuen, englischen Sprache. Zwei Texte aus unterschiedlichen Gattungen, zwischen denen nahezu die gesamte Zeitspanne von Brodskijs Exil liegt, zeigen Brodskij als ausgeprägten Grenzgänger zwischen den Kulturen, Sprachen und Gattungen. Gemein ist den beiden Texten die Thematik: Der Schriftsteller als Spion und potentieller Verräter der eigenen Kultur.

Karlheinz Kasper

„Mit den Modellen des Weltalls wedelnd...“

Russische Literatur in deutschen Übersetzungen 2005

Die deutschen Übersetzer haben auch in diesem Jahr bei der Übertragung älterer und aktueller Werke russischer Autoren Außerordentliches geleistet. Neben Peter Urban sollen Ganna-Maria Braungardt, Annelore Nitschke, Alexander Nitzberg, Andreas Tretner, Dorothea Trottenberg und Birgit Veit genannt werden. Wieder boten kleine Verlage wie Dörlemann, Engeler, Kein & Aber, Pano, Persona und die Zeitschrift Schreibheft Preziosen an. Auffallend hoch blieb auch 2005 die Zahl der übersetzten Krimis.

Osteuropa 4/2006

ist erschienen. Aus Anlaß des 20. Jahrestags der Katastrophe ist es dem Thema „Tschernobyl. Vermächtnis und Verpflichtung“ gewidmet. Das Heft hat 272 Seiten, 15 Farbkarten, 30 Abbildungen und kostet 15,00 Euro. Zu bestellen ist es unter osteuropa@dgo-online.org Das Heft enthält u.a. folgende Beiträge zu Rußland bzw. der UdSSR:

Ales' Adamovič

Nicht nur ein AKW

Ein Brief an Michail S. Gorbachev

Der belarussische Schriftsteller Ales' Adamovič kritisierte nach Tschernobyl die Verschleppungs- und Vertuschungspolitik der staatlichen Behörden. In seinem Brief an den damaligen Generalsekretär des ZK der KPdSU warnt er vor einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Die Tragik des Geschehens faßt er in die Worte: „Es ist nicht einfach nur ein Atomkraftwerk explodiert, sondern jener ganze Komplex von Verantwortungslosigkeit, Disziplinlosigkeit und Bürokratismus.“

Vasilij Nesterenko

Mauern der Ignoranz

Protokoll einer Katastrophe

Sofort nach dem Unglück in Tschernobyl erkannten Wissenschaftler die ungeheuren Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Die Politiker agierten nach der Devise: „Nur keine Panik!“ Sie vertuschten das Ausmaß der Katastrophe, blockierten den Schutz. Erst die erdrückenden Beweise und öffentlicher Druck änderten dies. Nichtsdestotrotz wurden oppositionelle Wissenschaftler entlassen. Einige errichteten parallel zum staatlichen System ein öffentliches Netz lokaler Meßstellen zur Strahlenkontrolle. Vasilij Nesterenko, ein Protagonist der Entwicklung, berichtet aus erster Hand.

Alla Jarošinskaja

Lüge-86

Die geheimen Tschernobyl-Dokumente

Alla Jarošinskaja stieß bei ihrer Suche nach der Wahrheit über Tschernobyl auf geheime Dokumente, die eine massive Vertuschung durch die sowjetische Führung und eine gezielte Desinformationspolitik offenbaren. Wider besseres Wissen verharmloste die Staats- und Parteiführung das Ausmaß der Kontamination, schickte Menschen in die verstrahlten Gebiete zurück, brachte belastete Nahrungsmittel in Umlauf und bot dem Ausland ein beschönigtes Bild des Geschehens.

Der Wodka sollte unsere Schilddrüsen reinigen

Igor' Kostin über seine Tschernobyl-Fotos

Igor' Kostin machte die vermutlich einzig erhaltene Aufnahme des Unglücksreaktors in Tschernobyl aus der Nacht des Unfalls. Seitdem kehrt Kostin immer wieder nach Tschernobyl zurück, um das Geschehen und den Stillstand zu dokumentieren. Er war in den ersten Tagen nach der Havarie mit den Katastrophenhelfern auf dem Dach des Nachbarreaktors, er hat die Evakuierung der Menschen aus der 30-Kilometer-Zone dokumentiert und die sichtbaren und unsichtbaren Folgen der Kontaminierung eingefangen.

Sebastian Pflugbeil

Alle Folgen liquidiert?

Die gesundheitlichen Auswirkungen von Tschernobyl

20 Jahre nach der Katastrophe bemühen sich IAEA und WHO darum, Tschernobyl als Bagatelldfall zu den Akten zu legen. „Kein Grund zur Beunruhigung“ ist ihr Resümee. Ärzte und Patienten in der Tschernobyl-Region sehen das ganz anders: Die Krebsrate hat deutlich zugenommen, Schilddrüsenenerkrankungen häufen sich, die Säuglingssterblichkeit ist hochgeschwollen, genetische Schäden und Fehlbildungen nehmen zu. Am schlimmsten betroffen sind die sogenannten Liquidatoren und ihre Kinder. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dies auf die Strahlenbelastung infolge der Reaktorkatastrophe zurückzuführen ist.

David Marples

Diktatur statt Ökologie

Krisenmanagement in Lukašenkas Belarus

Das Lukašenka-Regime hat großes Interesse daran, die Nachwirkungen von Tschernobyl herunterzuspielen. Angesichts der kaum zu bewältigenden medizinischen und sozialen Probleme ist es für das Regime einfacher, die Folgen des Unfalls für überwunden zu erklären. Dies beugt auch Widerständen gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerks vor. Wissenschaftler, die Folgeschäden von Tschernobyl offenlegen, werden mundtot gemacht, da sie der Autorität des Diktators schaden. Diese wird paradoxerweise dadurch gestärkt, daß er sich den Opfern als starker Führer präsentiert und nostalgische Erinnerungen an die Sowjetzeit wachhält.

Jochen Aulbach

Der Sarkophag

Schrotthülle oder Millionengrab?

Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde 1986 in großer Eile und unter extremen Bedingungen ein Betonmantel über der Reaktorruine errichtet, um die Umwelt vor der Radioaktivität zu schützen. Sehr bald wurde deutlich, daß dieser Sarkophag ein Provisorium war und saniert werden müsse. Über die Finanzierung und die Abschaltung der Reaktoren in Tschernobyl entbrannte ein Streit zwischen der EU und der Ukraine. Erst 1997 beschlossen die EU und die G7 mit der ukrainischen Regierung den Bau eines neuen Schutzmantels. Doch das Kernproblem des Sarkophags ist nicht gelöst. Für die Entsorgung seines hochstrahlenden Inhalts gibt es bis heute keine Strategie.

Björn Slawik

Wunder oder Wahn?

Das AKW Leningrad und der russländische Atomsektor

Zwanzig Jahre nach Tschernobyl verlängerte die russländische Atomaufsichtsbehörde die Betriebsgenehmigung des AKW Leningrad. Damit bleiben die ältesten Reaktoren des Tschernobyl-Typs am Netz. Unweit von St. Petersburg war das AKW Leningrad Anfang der 1970er Jahre als erstes atomares Großkraftwerk der Sowjetunion errichtet worden. Das verantwortliche Ministerium verwirklichte es trotz Sicherheitsbedenken. Neben der Erzeugung von Elektrizität diente es wohl auch militärischen Zwecken. Das Kraftwerk ist ein repräsentatives Element des sowjetischen Atomsektors und illustriert die Kontinuität der Atompolitik in Rußland.

Lutz Mez

Auslaufmodell? Die Zukunft der Atomenergie in der EU

Die EU-Staaten stehen unterschiedlich zur Atomenergie. Sieben Staaten nutzen sie, zwei haben ihre Reaktoren stillgelegt, sechs betreiben den Ausstieg. Die übrigen zehn haben keine Atomprogramme. Vermutungen, daß es nach der Osterweiterung der EU zu Standortverlagerungen von West nach Ost kommen würde, sind unbegründet. Aus Sicherheitsgründen werden acht Reaktoren stillgelegt. Die EU und westliche Geber stellen dafür über eine Milliarde Euro zur Verfügung. Gleichzeitig sollen eingemottete Atomkraftwerke fertiggestellt werden. Ein Reaktor ist in Bau, neue sind geplant. Wegen der Liberalisierung der Stromwirtschaft ist der Neubau von Atomkraftwerken kaum mehr zu finanzieren. Von einer Renaissance der Atomkraft in der EU kann keine Rede sein.

Petra Opitz

Strom aus erneuerbaren Energien

Stiefkind osteuropäischer Energiestrategien?

In Ostmittel- und Osteuropa gibt es große Potentiale erneuerbarer Energien. Sie werden nur zu einem Bruchteil genutzt. Das Erbe der Planwirtschaft – wie niedrige Energiepreise, Überkapazitäten in der Stromerzeugung und ein Denken in Großprojekten – erschwert die Nutzung. Vielfach gilt Kernenergie als High-tech, deren Beherrschung Prestige und Image sichert. Diesen symbolischen Wert genießen erneuerbare Energieträger in Osteuropa nicht. Es mangelt an Bewußtsein, daß erneuerbare Energien die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen reduzieren, die Versorgungssicherheit erhöhen und positive Arbeitsmarkteffekte haben. Der EU-Beitritt hat in Ostmitteleuropa die Rahmenbedingungen erheblich verbessert, um erneuerbare Energien intensiver als bisher zu nutzen.

Adam N. Stulberg

Rußlands Nuklearsektor. Zentralisierung, Kontrolle, Wettbewerb

Tschernobyl, die Auflösung der UdSSR und der wirtschaftliche Niedergang in den 1990er Jahren führten zu einem Niedergang des Nuklearsektors in Rußland. Nach widersprüchlichen Reformen unter El'cin versucht das Putin-Regime, die Branche wieder zu zentralisieren, um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Ziel ist es, den Nuklearkomplex neben dem Gas- und Ölsektor zu einem Pfeiler zu machen, auf dem die angestrebte „Energiegroßmacht“ Rußland basieren soll. Doch eine neoinstitutionalistische Analyse zeigt: Die Zentralisierung führt zu Steuerungsverlusten. Diese begrenzen die Chancen, daß der Nuklearsektor eine strategische Bedeutung gewinnen kann.

Robert G. Darst, Jane I. Dawson

Global denken, lokal endlagern? Rußland und das Problem des Atommülls

Im Juni 2004 ging Rußland mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, ein Endlager für Atomabfälle aus der ganzen Welt zu errichten. Technisch und sicherheitspolitisch wäre ein zentrales Endlager wünschenswert. Doch ob Rußland die nötigen Sicherheitsstandards erfüllt, das radioaktive Material umweltverträglich lagern und gegen Mißbrauch und terroristische Angriffe schützen kann, ist fraglich. Auch sind moralische Zweifel angebracht, da Rußlands Regierung den Widerstand der Bevölkerung gegen ein solches Endlager bisher ignoriert. Je stärker Rußland bereit ist, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, desto eher lassen sich diese Defizite ausgleichen.

Natalija Zorkaja

Strahlendes Desinteresse. Atomenergie in Rußlands Öffentlichkeit

Die Haltung der rußländischen Öffentlichkeit zu Tschernobyl ist widersprüchlich und paradox. Für fast die Hälfte der Menschen ist der Jahrestag der Katastrophe einer der wichtigsten Gedenktage 2006. Gleichzeitig nennt auf die Frage nach den bedeutendsten Ereignissen des 20. Jahrhunderts nicht einmal ein Zehntel Tschernobyl. Das Ereignis ist ins Unterbewußtsein abgeglitten, in dem es sich mit diffusen Ängsten vor einem neuen Atomunfall und radioaktiver Verstrahlung mischt. Eine echte Aufarbeitung hat nicht stattgefunden, und die Medien bieten statt einer tiefgehenden Analyse platte Katastrophenszenarien.

Otfried Nassauer

Siamesische Zwillinge. Kernenergie und Kernwaffen

Die Welt verbraucht immer mehr Energie. Öl und Gas sind endliche Ressourcen. Die Kernenergie steht möglicherweise vor einer Renaissance. Doch die zivile Nutzung der Kernenergie ist technologisch janusköpfig. Sie kann militärischen Zwecken dienen und zur Verbreitung von Kernwaffen führen. Mit dieser Proliferation sind große sicherheitspolitische Risiken verbunden. Das globale Nichtverbreitungssystem von Kernwaffen steckt in einer Krise. Zwischen dem Versuch, die nukleare Bewaffnung weiterer Staaten zu verhindern und die Nutzung der zivilen Kerntechnik auszubauen, gibt es einen unlösbaren Widerspruch.